

Ressort: Technik

Niedersachsens Innenminister für verstärkten Dialog mit Facebook

Berlin, 30.08.2016, 11:17 Uhr

GDN - Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) wirbt für einen verstärkten Dialog mit dem Netzwerk Facebook. "Wir müssen nicht nur über Facebook reden, sondern viel stärker mit Facebook", sagte der SPD-Politiker der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Mittwoch).

Den Dialog mit dem Unternehmen will er zum Thema der turnusmäßigen Tagung der norddeutschen Innenminister am 7. September in Osnabrück machen, deren Gastgeber er ist. Zu dem Treffen eingeladen hat er auch einen hochrangigen Vertreter der Facebook-Zentrale in den USA für den Bereich "Vertrauen und Sicherheit". Hintergrund der Offensive ist der Vorwurf, das Unternehmen halte mit Informationen hinter dem Berg und reagiere gar nicht oder zu langsam auf deutsche Anfragen nach Nutzerdaten oder Löschung von Inhalten. "Ich habe keinerlei Grund zu Beschwerde über die Zusammenarbeit", stellte dagegen der Landesinnenminister fest - "jedenfalls keine, die Facebook ohne weiteres in kürzester Zeit abstellen könnte". Wo das Netzwerk vielleicht doch gefragt sei, "sind unsere politischen und rechtlichen Möglichkeiten zwar vorhanden, aber überschaubar", sagte der SPD-Politiker. Was etwa verfassungsfeindliche Inhalte angehe, setze er daher eher auf Einsicht. Der Innenpolitiker meldete Bedenken gegen sogenannte Upload-Filter auf den Seiten sozialer Netzwerke an, die Daten bereits beim Hochladen ins Internet vor der Veröffentlichung löschen. "Es gibt Inhalte wie Kinderpornografie, bei denen diese Technologie relativ gut funktioniert", sagte der Minister. Andere Fälle seien schwieriger. "Nehmen Sie als Beispiel Bilder von Kampfhandlungen: Da macht es einen Unterschied, ob diese als Nachricht von CNN veröffentlicht werden oder von einem Dschihadisten als Drohmittel. Es kann aber das gleiche Foto sein." Texte zu sperren sei nicht einfacher. "Was ist mit Zitaten, was mit Satire?", fragte Pistorius. Zudem könne die Technologie missbraucht werden, um die Meinungsfreiheit einzuschränken. "Solange nicht alle Fragen hundertprozentig geklärt sind, sollte man Upload-Filter nicht einführen", sagte der Jurist. Mit Blick auf die Arbeit an einem Facebook-Gesetz bekräftigte Pistorius seine Position, dass derlei Regelungen nur sinnvoll seien, wenn sie erstens realistisch und zweitens auf jede Art von sozialem Dienst im Internet anwendbar seien. "Die Forderungen überschlagen sich häufig, aber die Umsetzung kommt nicht hinterher", warnte der Innenpolitiker vor allzu weit gehenden Hoffnungen an ein solches Gesetz.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-77262/niedersachsens-innenminister-fuer-verstaerkten-dialog-mit-facebook.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619